

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:144757-2023:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Freiberg: Dienstleistungen von Architektur-  
und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen  
2023/S 050-144757**

**Auftragsbekanntmachung**

**Dienstleistungen**

**Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

**Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber**

**I.1) Name und Adressen**

Offizielle Bezeichnung: Landratsamt Mittelsachsen

Postanschrift: Frauensteiner Str. 43

Ort: Freiberg

NUTS-Code: DED43 Mittelsachsen

Postleitzahl: 09599

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Interner Service, Zentrale Dienste

E-Mail: [vergabestelle@landkreis-mittelsachsen.de](mailto:vergabestelle@landkreis-mittelsachsen.de)

**Internet-Adresse(n):**

Hauptadresse: <https://www.landkreis-mittelsachsen.de/>

**I.3) Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/3/tenderId/121443>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/3/tenderId/121443>

Im Rahmen der elektronischen Kommunikation ist die Verwendung von Instrumenten und Vorrichtungen erforderlich, die nicht allgemein verfügbar sind. Ein uneingeschränkter und vollständiger direkter Zugang zu diesen Instrumenten und Vorrichtungen ist gebührenfrei möglich unter: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/3/tenderId/121443>

**I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

**I.5) Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

**Abschnitt II: Gegenstand**

**II.1) Umfang der Beschaffung**

**II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:**

Fachplanung Tragwerksplanung der Leistungsphasen (LPH) 1 bis 6 gemäß HOAI § 51 ff i.V.m. Anlage 14 für den Neubau der Rettungswache Döbeln

Referenznummer der Bekanntmachung: ZD 2023/05

- II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**  
71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen
- II.1.3) **Art des Auftrags**  
Dienstleistungen
- II.1.4) **Kurze Beschreibung:**  
Das Landratsamt Mittelsachsen beabsichtigt den Neubau der Rettungswache Döbeln. Die Maßnahme wird durch Eigenmittel des Landkreises Mittelsachsen finanziert werden. Fachplanung Tragwerksplanung der Leistungsphasen (LPH) 1 bis 6 gemäß HOAI § 51 ff i.V.m. Anlage 14, stufenweise Beauftragung.
- II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**
- II.1.6) **Angaben zu den Losen**  
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.2) **Beschreibung**
- II.2.3) **Erfüllungsort**  
NUTS-Code: DED43 Mittelsachsen  
Hauptort der Ausführung:  
Mastener Str. 15, 04720 Döbeln, Sachsen, Deutschland
- II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**  
Das Landratsamt Mittelsachsen beabsichtigt den Neubau der Rettungswache Döbeln, Mastener Str. 15, 04720 Döbeln. Die Maßnahme wird durch Eigenmittel des Landkreises Mittelsachsen finanziert werden. Gesamtkostenrahmen (KG 200-700): derzeit ca. 3,345 Mio. EUR brutto.  
Der Auftraggeber (AG) beabsichtigt die Leistungsphasen (Lph) 1 bis 6 der Fachplanungsleistung Tragwerksplanung gemäß HOAI § 51 ff. i.V.m. Anlage 14 zu beauftragen. Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Mit Abschluss des Offenen Verfahrens werden vorerst vertraglich die Leistungsphasen 1-3 beauftragt. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Leistungen der weiteren Leistungsstufen zu erbringen, wenn der Zeitraum zwischen der Beauftragung der letzten Leistungsstufe bis zur Beauftragung der weiteren Leistungsstufe nicht mehr als 2 Jahre beträgt und der Auftraggeber die Übertragung rechtzeitig, d. h. mindestens 4 Wochen vorher, angekündigt hat und der Auftraggeber sie ihm überträgt. Der Auftraggeber behält sich vor, die Beauftragung auf Teilleistungen einzelner Leistungsstufen zu beschränken. Aus der stufenweisen Beauftragung kann der Auftragnehmer keine Erhöhung seines Honorars ableiten.  
Die stufenweise Beauftragung steht unter dem Vorbehalt der Sicherung der Finanzierung durch den Auftraggeber sowie unter dem Vorbehalt, dass der Auftragnehmer die Gewähr für eine sachgerechte, qualitätsvolle und termingerechte Leistungserfüllung bietet.  
Bei Beauftragung der ausgeschriebenen Leistungsphasen liegt das Auftragsende voraussichtlich Dezember 2026 (Abschluss LPH 8).
- II.2.5) **Zuschlagskriterien**  
Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt
- II.2.6) **Geschätzter Wert**
- II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**  
Beginn: 03/07/2023  
Ende: 31/12/2026  
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**  
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

#### II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Die Beauftragung erfolgt entsprechend den Vertragsbedingungen stufenweise. Mit Abschluss des Verfahrens werden vertraglich die Leistungsstufe I: Leistungsphasen 1-3 entsprechend Vertrag sowie die in diesen Leistungsphasen anfallenden Besonderen Leistungen beauftragt.

Im Anschluss sollen nachfolgende Leistungsstufen – einzeln oder im Ganzen – sowie Besondere Leistungen beauftragt werden:

Leistungsstufe II: Leistungsphase 4

Leistungsstufe III: Leistungsphasen 5-6

Leistungsstufe IV: Besondere Leistungen der Leistungsphase 8

Ein Rechtsanspruch auf die Beauftragung der nachfolgenden Leistungsphasen besteht nicht. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Leistungen der weiteren Leistungsstufen zu erbringen, wenn der Zeitraum zwischen der Beauftragung der letzten Leistungsstufe bis zur Beauftragung der weiteren Leistungsstufe nicht mehr als 2 Jahre beträgt und der Auftraggeber die Übertragung rechtzeitig, d. h. mindestens 4 Wochen vorher, angekündigt hat und der Auftraggeber sie ihm überträgt. Der Auftraggeber behält sich vor, die Beauftragung auf Teilleistungen einzelner Leistungsstufen zu beschränken. Aus der stufenweisen Beauftragung kann der Auftragnehmer keine Erhöhung seines Honorars ableiten.

Die stufenweise Beauftragung steht unter dem Vorbehalt der Sicherung der Finanzierung durch den Auftraggeber sowie unter dem Vorbehalt, dass der Auftragnehmer die Gewähr für eine sachgerechte, qualitätsvolle und termingerechte Leistungserfüllung bietet.

#### II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

#### II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

### **Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

#### III.1) **Teilnahmebedingungen**

##### III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

1.) Kopie Handelsregisterauszug; falls nicht vorliegend: Begründung im Formular zur Eigenerklärung (Bieterformular) z.B. freiberuflicher Architekt/Ingenieur. Der Handelsregisterauszug muss die aktuellen Verhältnisse widerspiegeln, darf jedoch nicht älter als 12 Monate zum Zeitpunkt des Ablaufes der Angebotsfrist sein.

##### III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1.) Erklärung zu den durchschnittlichen Honorarumsätzen des Wirtschaftsteilnehmers gem. § 45 (1) Nr. 1 VgV, soweit sie die Leistungen der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre betreffen (in EUR brutto): Gesamthonorarumsatz und Honorarumsatz im Bereich Fachplanung Tragwerksplanung gemäß § 51 ff. HOAI für die Jahre 2019, 2020, 2021 und 2022.

Bei Bietergemeinschaften ist die Summe der durchschnittlichen Jahresumsätze (der Mitglieder dieser Bietergemeinschaft) aus dem Bereich Tragwerksplanung maßgebend.

2.) Angaben zur Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 45 (1) Nr. 3 VgV; Vorlage Kopie der Versicherungspolice; Nachweis nicht älter als 12 Monate zum Schlusstermin der Angebotsfrist  
Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

zu 2.) Angaben zur Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 45 (1) Nr. 3 VgV:

2.1) Name des Versicherers; Deckungssumme Personenschäden; Deckungssumme Sonstige Schäden; Maximierung im Schadenfall; belegt durch Kopie als Anlage.

2.2) Werden die geforderten Deckungssummen in Höhe von mind. 2.000.000 EUR für Personenschäden, mind. 500.000 EUR für sonstige Schäden sowie die geforderte zweifache Maximierung nicht erreicht, so ist eine Erklärung des Versicherers beizufügen, dass 1. die Deckungssummen/die Maximierung im Auftragsfall angepasst werden oder 2. im Auftragsfall eine objektbezogene Versicherung abgeschlossen wird. Bei Bietergemeinschaften ist der Nachweis von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen. Für geplante Nachunternehmer muss keine Versicherungsbestätigung vorliegen.

Gemäß § 47 (3) VgV verlangt der Auftraggeber eine gemeinsame Haftung des Bieters, sofern dieser die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch nimmt (Eignungsleihe). Des Weiteren verlangt er die Auftragsausführung des anderen Unternehmens für Leistungen entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe.

### III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Der Auftraggeber (AG) wird die fristgerecht eingegangenen Angebote anhand der in der vorliegenden Bekanntmachung benannten Nachweise und Erklärungen formal u. inhaltlich prüfen. Die Bewertung erfolgt unter den formal zulässigen Angeboten (Nachweis der Erfüllung der geforderten Mindeststandards) anhand einer Bewertungsmatrix, wobei die Kriterien wie folgt bewertet werden: pro Zuschlagskriterium können 0 bis 3 Punkte (siehe Bewertungsmatrix) vergeben werden, Punktzahl pro Kriterium wird gewichtet. Die Rangfolge richtet sich nach der erreichten Gesamtpunktzahl von 300. Erfüllen mehrere Bieter mit festgelegter Höchstzahl

gleichermaßen die Anforderungen u. ist die Bieterzahl auch nach einer objektiven Auswahl zu hoch, entscheidet unter diesen das Los.

Formale Prüfung Mindeststandards:

1. Abgabefrist eingehalten,
  2. Angebot vollständig eingereicht,
  3. Abschlusserklärungen in Textform vollständig ausgefüllt,
  4. Bestätigung d. Unabhängigkeit v. Ausführungs- und Lieferinteressen gem. §73(3) VgV,
  5. Angabe gem. §53(3) VgV 2016, ob für Auftragsgegenstand gewerbliche Schutzrechte bestehen o. beantragt sind,
  6. Angabe Art d. Angebotes,
  7. bei Bietergemeinschaften (BG): Geforderte Nachweise aller Mitglieder u. Erklärung zur gesamtschuldner. Haftung, falls zutreffend,
  8. Angaben Unterauftragnehmern gem. §36 VgV, Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer beigefügt, falls zutreffend,
  9. Angaben Inanspruchnahme Kapazitäten anderer Unternehmen (Eignungsleihe) gem. §47(1) VgV, Verpflichtungserklärung Unternehmen beigefügt, falls zutreffend,
  11. Mehrfachangebote sind nicht zulässig. Ein Mehrfachangebot ist auch ein Angebot unterschiedl. Niederlassungen eines Büros. Mehrfachangebote v. Mitgliedern einer BG bzw. unterschiedlicher Niederlassungen eines Büros haben das Ausscheiden aller Mitglieder d. BG zur Folge.,
  12. Bestätigung d. Nichtvorliegens zwingender u. fakultativer Ausschlussgründe nach §§123 u. 124 GWB,
  13. Bestätigung d. Nichtvorliegens von Ausschlussgründen im Zusammenhang mit Sanktionen gegen Russland im Bereich der Vergabe öffentl. Aufträge und Konzessionen
  14. Handels-/ Partnerschaftsregisterauszug gem. Pkt. III.1.1.,
  15. Berufshaftpflichtversicherung gem. Pkt. III.1.2.,
  16. Mindestreferenz A gem. Pkt. III.1.3.,
  17. Nachweise berufl. Qualifikation Projektleiter/stellv. Projektleiter gem. Pkt. III.1.3.,
- Zuschlagskriterien u. Wichtung:
1. Honorarangebot, Gewichtung 30 %,
  2. Referenzen u. Qualifikationen des Projektteams, Übergabe Nutzer im Zeitraum 01.01.2018 bis zum Ablauf Angebotsfrist gemäß Auftragsbekanntmachung Pkt. IV.2.2)  
Nachfolgende persönl. Referenzen können auch die als Mindestreferenzen genannten Projekte beinhalten, Mehrfachnennungen sind möglich, Gewichtung 45 %, davon:
    - 2.1. Persönliche Ref. Projektleiter (PL): Erfahrungen bei der Tragwerksplanung für den Neubau eines Gebäudes, mind. LPH 2-6 u. 8 erbracht, mind. HZ III, Bauwerkskosten (KG 300 + 400) von mind. 1,0 Mio. EUR brutto; 15 %,
    - 2.2. Persönliche Ref. stellv. Projektleiter: Erfahrungen bei der Tragwerksplanung für den Neubau eines Gebäudes, mind. LPH 2-6 u. 8 erbracht, mind. HZ III, Bauwerkskosten (KG 300 + 400) von mind. 750.000 EUR brutto; 10 %,
    - 2.3. Büroreferenz: Tragwerksplanung für den Neubau eines Gebäudes in Stahlbetonbau, wobei für die wesentlichen Elemente der Tragkonstruktion (Wände und/oder Stützen und/oder Decken) des Gebäudes Stahlbeton verwendet wurden, mind. LPH 2-5 erbracht; 10 %.
    - 2.4. Büroreferenz: Tragwerksplanung für den Neubau eines Gebäudes in Massivbau, wobei für die wesentlichen Elemente der Tragkonstruktion (Wände und/oder Stützen und/oder Decken) des Gebäudes Materialien der Massivbauweise verwendet wurden, mind. LPH 2-5 erbracht; 10 %.
  3. Arbeitsaufgabe

3.1 Darstellung geeign. Tragkonstruktion / Dach für Fahrzeughalle sowie einer Empfehlung / Vorzugsvariante unter Berücksichtigung der Projektaufgabe; 15%

3.2 Darstellung geeigneter Gründungsmöglichkeiten sowie einer Empfehlung/ Vorzugsvariante unter Berücksichtigung der Projektaufgabe; 10%

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Referenz gem. § 46 (3) Nr. 1 i.V.m. § 75 (5) VgV:

1. Mindestreferenz A: Fachplanung Tragwerksplanung für den Neubau eines Gebäudes, mind. LPH 2-6 + 8 (Ingenieurtechnische Kontrolle) erbracht, mind. Honorarzone III, Bauwerkskosten (KG 300 + 400) von mind. 1,0 Mio. EUR brutto, Übergabe Nutzer abgeschlossen im Zeitraum vom 01.01.2018 bis zum Ablauf der Angebotsfrist gem. Auftragsbekanntmachung Pkt. IV.2.2).

2. Ausbildungsnachweise und Bescheinigungen über die berufl. Befähigung des Bieters gem. § 46 (1) i. V. m. §46 (3) Nr. 2 u. 6 VgV – Projektleiter und stellv. Projektleiter nicht in Personalunion:

2.a) Nachweis der berufl. Qualifikation des Projektleiters: abgeschlossenes Studium (mind. Dipl.-Ing/Master) in der Fachrichtung Bauingenieurwesen oder vergleichbar, mind. 5 Jahre Berufserfahrung

2.b) Nachweis der berufl. Qualifikation des stellv. Projektleiters: abgeschlossenes Studium (mind. Dipl.-Ing/Master) in der Fachrichtung Bauingenieurwesen oder vergleichbar, mind. 3 Jahre Berufserfahrung Hinweis: Berufserfahrung wird ermittelt ab dem Datum des geforderten Studienabschlusses bis zum Fristende zur Einreichung dieses Angebots.

### III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

#### III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift: § 75 (2) und (3) VgV

#### III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Rechtsform von Bietergemeinschaften (BG): Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

Abgabe Erklärung, dass Mitglieder BG (ARGE) gesamtschuldnerisch haften, auch über die Auflösung der ARGE hinaus. Die BG muss bevollmächtigten Vertreter benennen. Für die Erklärung kann das vorgegebene Formblatt verwendet werden, das als Anlage Bieterformular beiliegt. Die Vorlage des Nachweises hat mit Abgabe des Angebotes zu erfolgen. Der AG behält sich vor, ergänzende Unterlagen abzufordern, welche Zulässigkeit der Kooperation in Form einer BG (§ 1 GWB) belegen. Sollte sich im Laufe des Verfahrens eine bestehende BG in ihrer Zusammensetzung verändern o. ein Einzelbieter das Verfahren in BG fortsetzen wollen, ist dies nur mit schriftlicher Einwilligung des AG zulässig. Diese wird jedenfalls nicht erteilt, wenn durch die Veränderung der Wettbewerb wesentlich beeinträchtigt wird oder Veränderung Auswirkungen auf Fachkunde, Leistungsfähigkeit u. Zuverlässigkeit hat.

#### III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

## **Abschnitt IV: Verfahren**

### IV.1) **Beschreibung**

#### IV.1.1) **Verfahrensart**

Offenes Verfahren

#### IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

#### IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

- IV.2) **Verwaltungsangaben**
- IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**  
Tag: 20/04/2023  
Ortszeit: 10:00
- IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**
- IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**  
Deutsch
- IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**  
Das Angebot muss gültig bleiben bis: 30/06/2023
- IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**  
Tag: 20/04/2023  
Ortszeit: 10:30

**Abschnitt VI: Weitere Angaben**

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**  
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**  
Einzureichende Unterlagen:  
- Angebotsschreiben: Das Angebotsschreiben ist vollumfänglich auszufüllen und in Textform zu unterschreiben.  
- Honorarblatt: Das Honorarblatt ist voll umfänglich auszufüllen.  
- Formular zur Eigenerklärung (Bieterformular- mit dem Angebot vorzulegen): Das Formular zur Eigenerklärung ist voll umfänglich auszufüllen und in Textform zu unterschreiben. Alle notwendigen Anlagen bzw. Nachweise sind gesondert beizufügen.  
- Erläuterung zu den Zuschlagskriterien/Arbeitsaufgabe  
Elektronische Angebotsabgabe in Textform ist zugelassen. Sämtliche Kommunikation im Verfahren erfolgt im Vergabeportal iTWO tender über die bei der Erstanmeldung hinterlegte Emailadresse. Es ist eine dauerhafte Erreichbarkeit während des gesamten Verfahrens durch Bieter sicherzustellen. Eingehende Rückfragen per Post, E-Mail o. Fax können nicht beantwortet werden. Infos über Änderungen d. Bekanntmachungen/ Vergabeunterlagen sowie sämtliche nach der Angebotsöffnung folgende Kommunikation werden elektr. über iTWO tender bereitgestellt. Auch Bieteranfragen zu d. Vergabeunterlagen müssen elektronisch über iTWO tender bzw. dem Bietercockpit bis 11.04.2023 gestellt werden. Deren Beantwortung erfolgt ebenfalls elektronisch über iTWO tender.  
Die Bieter erklären förmlich, dass die von Ihnen angegebenen Informationen in der von Ihnen eingereichten Eigenerklärung genau u. korrekt sind u. sie sich der Konsequenzen einer schwerwiegenden Täuschung bewusst sind. Die Bieter erklären förmlich, dass Sie in der Lage sind, die Bescheinigungen u.a. genannte dokumentar. Nachweise unverzüglich auf Anfrage beizubringen.  
Nicht fristgerecht elektr. eingereichte Unterlagen werden nicht berücksichtigt. Der AG behält sich nach § 56 (2) bis (4) VgV vor, fehlende Nachweise u. Erklärungen nachzufordern. Kopien von Nachweisen werden anerkannt, sofern sie keinen Anlass zu Zweifeln an der Übereinstimmung mit dem Original geben. Anlagen z. Angebot d. Bieters dürfen max. 100 MB nicht überschreiten.  
Nicht deutschsprachige Nachweise müssen als beglaubigte Übersetzung in Deutsch vorgelegt werden (Mindestanforderung). Im Auftragsfall hat der AN die ihm übertragenen Leistungen in seinem Büro bzw. gem. d. Angaben im Angebot zu erbringen. Nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG ist eine weitere, im

Angebot nicht angekündigte Unterbeauftragung zulässig. Für die gesamte Projektlaufzeit ist die personelle Kontinuität hinsichtlich der Präsenz vor Ort zu gewährleisten.

Nicht erwünscht sind Werbebroschüren/Unterlagen zur Vorstellung des Bieters sowie zusätzliche Angaben, die über die geforderten hinausgehen. Diese werden im Verfahren nicht berücksichtigt. Für die Ausarbeitung der Angebotsunterlagen werden keine Kosten erstattet.

Hinweis: Vorlage der Verpflichtungserklärungen gem. § 47 VgV der Nachunternehmer (NU) u. ggf. deren NU, soweit sich der Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, o. ein Mitglied einer BG, die d. Zuschlag erhalten soll, auf die Fachkunde oder Leistungsfähigkeit von NU beruft. Sollten Verpflichtungserklärungen der Nachunternehmer zum Zeitpunkt der beabsichtigten Zuschlagserteilung nicht vorgelegt werden können, erfolgt ein nachträglicher Ausschluss wegen mangelnder Eignung (Ausschlusskriterium). Enthalten die Bekanntmachung o. Unterlagen Unklarheiten, Widersprüche o. verstoßen diese nach Auffassung des Bieters gegen geltendes Recht, so hat der Bieter den AG unverzüglich elektronisch darauf hinzuweisen. Erfolgt dies nicht, ist d. Bieter mit diesen Einwendungen präkludiert. Bei den Vergabeunterlagen verwendeten personenbezogenen Bezeichnungen gilt die gewählte Form für alle Geschlechter. Sofern nicht ausdrücklich anders bestimmt, sind mit "Bieter" sowohl einzelne Unternehmen als auch BG gemeint, mit "Auftragnehmer" der Bieter bzw. die BG.

Die Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu> ist die einzig amtliche Bekanntmachung.

#### VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

##### VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: 1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen

Postanschrift: Braustraße 2

Ort: Leipzig, Deutschland

Postleitzahl: 04107

Land: Deutschland

E-Mail: [vergabekammer@ldl.sachsen.de](mailto:vergabekammer@ldl.sachsen.de)

Telefon: +49 341977-3800

Fax: +49 341977-1049

Internet-Adresse: [www.ldl.sachsen.de](http://www.ldl.sachsen.de)

##### VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Der Auftraggeber weist darauf hin, dass ein Nachprüfungsantrag nach § 160 (3) GWB unzulässig ist, soweit

1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt.

2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden.

3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden.

4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

##### VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**



Offizielle Bezeichnung: 1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen

Postanschrift: Braustraße 2

Ort: Leipzig

Postleitzahl: 04107

Land: Deutschland

E-Mail: [vergabekammer@ldl.sachsen.de](mailto:vergabekammer@ldl.sachsen.de)

Telefon: +49 341977-3800

Fax: +49 341977-1049

Internet-Adresse: [www.ld.sachsen.de](http://www.ld.sachsen.de)

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

06/03/2023